



GRÜNE Schweiz

Urs Scheuss
Waisenhausplatz 21
3011 Bern

urs.scheuss@gruene.ch
031 326 66 04

Eidgenössische
Finanzverwaltung
3003 Bern

per Mail an: lorin.altermatt@efv.admin.ch
nora.sieber@efv.admin.ch

Bern, 2. Dezember 2021

**Änderung des Finanzhaushaltsgesetzes (Abbau der Corona-bedingten Verschuldung);
Vernehmlassung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben die GRÜNEN für eine Stellungnahme zur Änderung des Finanzhaushaltsgesetzes für den Abbau der Corona-bedingten Verschuldung eingeladen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, uns zur Vorlage zu äussern.

Die GRÜNEN begrüssen die Zielsetzung, beim Abbau der Corona-bedingten Verschuldung auf Abbauprogramme und Steuererhöhungen zu verzichten. Dazu soll aus Sicht der GRÜNEN der voraussichtliche Fehlbetrag von rund 25 Milliarden Franken vollständig mit den in den letzten Jahren auf dem Ausgleichskonto angehäuften Mitteln ausgeglichen werden. Konkret soll die Corona-bedingten Verschuldung zur Gänze mit dem Schuldenabbau der vergangenen Jahre verrechnet werden. Ende 2020 hatte das Ausgleichskonto einen Stand von 29 Milliarden Franken, sodass genügend Mittel vorhanden sind.

Die GRÜNEN lehnen somit beide Varianten der Vernehmlassungsvorlage ab. Diese sehen den Abbau der Corona-bedingten Verschuldung mittels dem Bundesanteil an der Zusatzausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (SNB) und zukünftigen strukturellen Finanzierungsüberschüssen gemäss Rechnungsabschluss in Verbindung mit einer Fristverlängerung für die Amortisation des Fehlbetrags vor. Bei der Variante 2 wird zudem vorgängig die Hälfte des Fehlbetrags mit dem Schuldenabbau der vergangenen Jahre verrechnet, womit sich die Frist für die Amortisation des Fehlbetrags verkürzt.

Der Vorschlag der GRÜNEN ermöglicht es, dass die SNB-Zusatzausschüttung nicht zweckgebunden und ausschliesslich für die Tilgung der Corona-bedingten Schulden eingesetzt wird, sondern zur generellen Stärkung des Bundeshaushalts beiträgt. Damit erhält der Bund rascher finanziellen Spielraum und das Risiko von Abbauprogrammen oder Steuererhöhungen wird reduziert. Dafür stehen mehr Mittel für den dringenden Mehrbedarf für Klimaschutz und Erhalt der Biodiversität zur Verfügung.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und die Anpassung der Vorlage. Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Balthasar Glättli
Präsident

Urs Scheuss
stv. Generalsekretär